

**Der Bundesminister für Wirtschaft**

I B 8 - 2568/58

Bonn, den 9. April 1959

An den Herrn  
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Kosten der Preisprüfungsstellen**

Bezug: **Kleine Anfrage der Fraktion FDP**  
— **Drucksachen 732, 775** —

Die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP — Drucksache 732 —  
beantworte ich im Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister  
der Finanzen wie folgt:

**Zu Frage 1**

Der Betrieb der Preisprüfungsstellen in Stadt- und Landkreisen,  
der Betrieb der übergeordneten Stellen in den Regierungs-  
präsidien und in den entsprechenden Ministerien der Länder  
verursacht unter Zugrundelegung der im Kalenderjahr 1958  
entstandenen Kosten durchschnittlich 3 380 000 DM Kosten im  
Jahr.

**Zu Frage 2**

Im Haushaltsjahr 1957 betrugen die Kosten 3 631 283 DM.

Diesen Kosten stehen gegenüber Einnahmen aus Geldbußen und  
Mehrerlösen sowie Einsparungen durch die Preisprüfung bei  
öffentlichen Aufträgen

im Haushaltsjahr 1957 in Höhe von 17 569 532 DM,  
im Kalenderjahr 1958 in Höhe von 19 668 135 DM.

Bei der Aufstellung sind die Länder Berlin und Saarland nicht  
berücksichtigt worden, weil die Angleichung des im Bundes-  
gebiet gültigen Preisrechts in Berlin noch nicht völlig und im  
Saarland noch gar nicht vollzogen ist.

Soweit durch das Bundesministerium für Wirtschaft Preisprü-  
fungen von Verteidigungsaufträgen durchgeführt worden sind,  
betrugen die hierdurch entstandenen Kosten

im Haushaltsjahr 1957 = 340 000 DM,  
im Kalenderjahr 1958 = 406 000 DM,

denen Einsparungen durch Kürzung vereinbarter Preise

im Haushaltsjahr 1957 in Höhe von 10 826 104 DM,  
im Kalenderjahr 1958 in Höhe von 14 117 384 DM

gegenüberstehen. Hierzu darf ich jedoch bemerken, daß diese  
Kosten dem Verteidigungshaushalt zur Last fallen, weil es  
sich im weiteren Sinne um Maßnahmen zur Durchführung von  
Verteidigungsaufgaben handelt.

**Ludwig Erhard**